



HESSISCHER LANDTAG

02. 05. 2012

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg war falsch - Verträge offen legen - Rücknahme in die öffentliche Hand

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bewertet die zahlreichen Fehlentwicklungen am Uniklinikum Gießen-Marburg, wie

- anhaltende Beschwerden niedergelassener Ärzte, des Klinikpersonals und der Klinikdirektoren, des Betriebsrates sowie von Patienten über mangelhafte ärztliche und pflegerische Versorgung,
- Berichte über nicht eingehaltene Hygiene-Standards,
- die Zurückweisung der verfassungswidrigen Überleitungsregelung für die Arbeitsverträge der Beschäftigten durch das Bundesverfassungsgericht,
- die nicht eingehaltene Zusage der Rhön-Klinikum AG zur Errichtung eines Partikel-Therapie-Zentrums,
- der geplante und zunächst verschobene Abbau von 500 Arbeitsplätzen am Klinikum,
- die Kritik an Beeinträchtigungen von universitärer Forschung und Lehre, wie es u.a. die Stellungnahmen des Senats und der Präsidentin der Philipps-Universität Marburg deutlich machen,

als unmissverständliche Zeichen dafür, dass die Privatisierung ein gravierender Fehler war. Die Fehlentwicklungen gehen dabei ausschließlich zulasten der Patienten und der Beschäftigten am Uniklinikum. Der private Betreiber, die Rhön-Klinikum AG, streicht dagegen den von 2010 auf 2011 von 8,3 Mio. auf 11,2 Mio. € erhöhten Gewinn ein.

Der Landtag begrüßt den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats der Universitätsstadt Marburg, der die Landesregierung zur Rücknahme der 2006 vollzogenen Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) auffordert.

Der Landtag ist besorgt, dass mit dem Übernahmeangebot der Fresenius AG dem Uniklinikum, seinen Beschäftigten und Patienten sowie der gesamten Region Mittelhessen zusätzliche Belastungen drohen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die mit der Rhön AG geschlossenen Verträge zur Privatisierung der Kliniken endlich offen zu legen, um die Bedingungen der Rückführung prüfen zu können.

Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, umgehend Vorschläge für eine Rücknahme der Privatisierung und die Übernahme der Universitätskliniken ins Eigentum des Landes Hessen vorzulegen.

Wiesbaden, 2. Mai 2012

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler